

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Pohl, Jörg Schneider und der Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksachen 19/18107, 19/18130 –

Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Unter den Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen befindet sich eine nicht geringe Anzahl von Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen, einem geschwächten Immunsystem oder aber besonderen Bedarfen. Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen sind auf der einen Seite auf andere Menschen zu ihrer täglichen Unterstützung angewiesen und auf der anderen Seite, haben Sie ein besonderes Risiko, schwer zu erkranken. Für diesen Personenkreis kann eine Infektion mit dem Corona-Virus lebensbedrohlich sein.¹ Die gesamte Betreuung und Begleitung durch die Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe muss unterstützt werden. Aufgrund dieser Situation muss der Gesetzesentwurf zum Sozialpaket erweitert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Gesetzesentwurf entsprechend um die Belange der Menschen mit Behinderung um die folgenden Punkte zu ergänzen:

- a) Verlässliche Rahmenbedingungen für die Leistungserbringer (hierzu zählen auch die fachlichen Leistungserbringer) zu schaffen, damit eine bedarfsgerechte und verlässliche Versorgung weiterhin gewährleistet ist.
- b) Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten des 3. Arbeitsmarktes arbeiten - sollen unter Fortzahlung ihrer Lohn- und Gehaltszahlungen - bis auf weiteres nicht in die Werkstätten müssen.
- c) Die Betreuung für Menschen mit Behinderung muss weiterhin gewährleistet sein.
- d) Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe, müssen mit ausreichend Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln versorgt werden.

¹ www.verbaende.com/news.php/Corona-Krise-Menschen-mit-Behinderung-brauchen-besonderen-Schutz?m=133659

- e) Errichtung eines Rettungsschirmes zur sicheren Finanzierung, um sowohl die Leistungserbringer und das Unterstützungssystem aufrecht und funktionsfähig zu halten.

Berlin, den 23. März 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Das „Sozialschutz-Paket“ auf Bundestagsdrucksache 19/18107 beinhaltet zum gegenwertigen Zeitpunkt keine Maßnahmen und Regelungen für im Bereich der Sozialwirtschaft insbesondere im Bereich der Menschen mit Behinderung. Aufgrund der Corona-Pandemie und der umfassenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens sind konkrete Maßnahmen in diesem Bereich unabdingbar. Die Sozialwirtschaft muss in dieser Krisenzeit aufrechterhalten werden.

Im Bereich der Versorgung müssen bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für die Leistungserbringer in allen Bereichen geschaffen werden, damit eine bedarfsgerechte und verlässliche Versorgung weiterhin gewährleistet werden kann.²

Aufgrund der derzeitigen Situation kam bereits zu Schließungen der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, zum jetzigen Zeitpunkt sind nur noch die Werkstätten geöffnet, welche medizinischen Bedarf herstellen.³

Trotz der Schließung von Werkstätten, sollten die Menschen mit Behinderungen weiterhin ihre Lohn- und Gehaltszahlungen erhalten, damit keine finanziellen Einbußen entstehen.⁴

Die Betreuung von Menschen mit Behinderung durch Dienste, auch fachliche Dienste (Therapeuten) muss weiterhin gewährleistet sein, auch müssen diese Dienste und Einrichtungen über ausreichend Schutzkleidung und Desinfektionsmittel verfügen können und dementsprechend versorgt werden.⁵

Die Einrichtung eines Rettungsschirmes und sichere Finanzierung der Leistungserbringer sollte wie im Wirtschaftsbereich eingerichtet werden, um das Unterstützungssystem aufrecht zu erhalten.⁶ Ein zusammenbrechen und Neuaufbau dieses Unterstützungssystem, würde insbesondere nach der Krise zu einem völligen „Chaos“ führen. Aus diesem Grund sind die oben aufgeführten Maßnahmen unerlässlich.

² www.lebenshilfe-nrw.de/de/aktuelles/meldungen/Umgang-mit-Corona-Virus-droht-Versorgung-von-Menschen-mit-Behinderung-langfristig-zu-schaedigen.php?listLink=1

³ www.verbaende.com/news.php/Lebenshilfe-NRW-fordert-sofortige-Schliessung-aller-Werkstaetten-fuer-Menschen-mit-Behinderung-in-NRW?m=133632

⁴ www.wn.de/Muensterland/Kreis-Warendorf/Kreisseite-Warendorf/4172127-Versorgung-von-Menschen-mit-Behinderung-nicht-geregelt-Werkstaetten-vor-der-Schliessung

⁵ www.lebenshilfe-nrw.de/de/aktuelles/meldungen/Umgang-mit-Corona-Virus-droht-Versorgung-von-Menschen-mit-Behinderung-langfristig-zu-schaedigen.php?listLink=1

⁶ www.lebenshilfe-nrw.de/de/aktuelles/meldungen/Umgang-mit-Corona-Virus-droht-Versorgung-von-Menschen-mit-Behinderung-langfristig-zu-schaedigen.php?listLink=1